

04.08.2022

## Bundesregierung lässt queere Community im Kampf gegen Affenpocken im Stich

### LSVD fordert breites Impfangebot von Bund und Ländern

*Berlin. 04. August 2022. Im Kampf gegen das MPX-Virus (gemeinhin als Affenpocken-Virus bekannt) hat die Bundesregierung bisher erst rund 40.000 Impfdosen ausgeliefert. Mehr als die Hälfte der 2.700 bekannten MPX-Fälle wurden in Berlin gemeldet. Die rund 9.500 Impfdosen, die Berlin bisher bekommen hat, sind nach Medienberichten jedoch bereits aufgebraucht. Dazu erklärt **Alfonso Pantisano** aus dem Bundesvorstand des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD):*

Es ist unfassbar, dass die Bundesregierung und die Länder bei der Beschaffung und Verteilung des Impfstoffes gegen das MPX-Virus unsere Community im Stich lassen. Statt eine klare Impfstrategie vorzulegen und für eine bedarfsgerechte Beschaffung von Impfdosen zu sorgen, reagieren das Bundesgesundheitsministerium und die Gesundheitsministerien der Länder nur zögerlich und verschleppen eine bedarfsgerechte Verteilung unter den Bundesländern. Gerade in der queeren Community, vor allem unter Männern, die Sex mit Männern haben, ist die Nachfrage nach dem Impfstoff hoch. Viele wollen sich und andere durch eine Impfung schützen, können es aber derzeit nicht.

Es entsteht der Eindruck, dass so lange das MPX-Virus angeblich nur eine vermeintliche Minderheit betrifft, kein erhöhter Handlungsbedarf bestünde. Dieser Vertrauensverlust wäre fatal. Die Zahl der infizierten Menschen steigt stetig an und auch Kinder infizieren sich zunehmend. Das zeigt, dass die Übertragungswege nicht nur bei Sexualkontakten erfolgen. Das MPX-Virus betrifft somit nicht nur unsere Community, sondern bedroht die gesamte Bevölkerung.

Die Entscheidung der Bundesregierung, vorerst keine weiteren Dosen des Affenpocken-Impfstoffs zu bestellen, ist fahrlässig und erfüllt uns mit Sorge. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach muss umsteuern und eine ausreichende Impfstoffversorgung gewährleisten. Wir müssen jetzt ein breites Impfangebot für alle Menschen sicherstellen, die eine Impfung brauchen und wollen. Die von der Deutschen Aidshilfe geforderten eine Million Impfdosen sollten zügig beschafft werden. Die Bundesregierung muss alles daransetzen, dass die Produktion des dringend benötigten Impfstoffes ausgebaut wird. Es ist ohnehin bedauerlich, dass hierzulande das MPX-Virus erst dann auf die Agenda kam, als es Deutschland erreicht hatte und wir selbst betroffen waren.

Das Bundesgesundheitsministerium muss gemeinsam mit den Ländern auch dafür sorgen, dass die vorhandenen Impfdosen dort verteilt werden, wo sie wirklich benötigt werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass einige Bundesländer Impfstoffe übrig haben und Hotspots wie Berlin auf dem Trockenen sitzen. Besonders in Berlin braucht es ein entschlossenes Handeln der Gesundheitsministerin Ulrike Gode. Die Ministerin muss sich beim Bund für die dringend benötigte Impfstoffversorgung einsetzen. Bund und Länder müssen im Kampf gegen das MPX-Virus effektiv zusammenarbeiten und eine klare Kommunikation und Zusammenarbeit mit unserer Community sicherstellen. Die derzeitige Stille aus den Gesundheitsministerien ist unerträglich.

### Hintergrundinformationen

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7  
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778  
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: [presse@lsvd.de](mailto:presse@lsvd.de)  
Internet: [www.lsvd.de](http://www.lsvd.de)

# Pressemitteilung



Dossier der Deutschen Aidshilfe zur Affenpockenimpfung [<https://www.aidshilfe.de/affenpocken>]

Nach Informationen der Deutschen Aidshilfe [<https://www.aidshilfe.de/meldung/million-impfdosen-gegen-affenpocken>] hat die Bundesregierung bisher 240.000 Impfstoffdosen bestellt (zuzüglich 5.300 aus EU-Beständen). 40.000 davon sind bereits ausgeliefert, 200.000 sollen bis Ende September folgen

*Der Lesben-und Schwulenverband (LSVD) ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).*

*Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.*